

Zeiser (CSU) wirft Weber (SPD) „politisches Spiel“ vor

STADTRAT Eine Anfrage bei der Rechtsaufsicht wegen des Verbrauchermarktes sorgt für Ärger.

NEUNBURG. Obwohl das Thema Supermarkt auf dem Stadthallenareal nicht auf der Tagesordnung stand, sorgte es dennoch bei der Stadtratssitzung am Donnerstag für eine kurze, aber heftige Diskussion. Bürgermeister Wolfgang Bayerl informierte das Gremium am Ende der Sitzung, dass SPD-Stadträtin Margot Weber die Rechtsaufsicht beim Landratsamt prüfen ließ, ob die Stadtwerke Freizeit GmbH befugt sei, den Verbrauchermarkt zu errichten. Die Rechtsaufsicht habe nun der Stadt mitgeteilt, dass dieses Vorgehen rechtens sei, teilte der Bürgermeister mit. Er habe kein Verständnis, fügte Bayerl sichtlich verärgert an, dass ein Stadtratsmitglied jetzt versuche, demokratische Entscheidungen, die mit 15:5 im Rat eine große Mehrheit gefunden hätten, über andere Wege auszuhebeln.

Stadträtin Margot Weber beharrte auf ihrem Recht, die Rechtsaufsicht einzuschalten, wenn sie den Eindruck habe, dass ihr Informationen vorenthalten würden, die sie aber für ihr Abstimmungsverhalten benötige. Die Rechtsaufsicht habe auch festgestellt, was der Bürgermeister in seiner Vortrag verschwiegen habe, dass die Satzung der Freizeit GmbH geändert werden müsse, damit sie den Verbrauchermarkt bauen dürfe.

Frage zu spät gestellt

Das Verhalten von Margot Weber gebe ihm zu denken, meinte CSU-Fraktions Sprecher Klaus Zeiser. Seit Jahren werde über die Revitalisierung des Stadthallenareals diskutiert und seit 2006 sei klar, wie diese zu erfolgen habe, erinnerte Zeiser. Wegen der Wertschöpfung sei das Projekt der Freizeit GmbH übertragen worden, damit das

Geld in der Stadt bleibe und nicht in private Investorenhände fließe. Diese rechtlichen Fragen hätten vor vier Jahren gestellt werden müssen und nicht erst jetzt, wo die Genehmigungs- und Förderbescheide vorliegen. Zeiser warf Weber vor ein „politisches Spiel“ zu betreiben. Die SPD-Stadträtin verwahrte sich dagegen und bemängelte mangelnde Transparenz in dem Verfahren, sie sei im Aufsichtsrat etwa in puncto Architektauswahl und Supermarkt-Betreiber vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

„Dürftige Berichte“

Weber hatte schon beim ersten Tagesordnungspunkt der Sitzung, dem Bericht über die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen des privaten Rechts (städtische GmbHs) bemängelt, dass in den Umfängen der jeweiligen Berichte ein Missverhältnis bestehe. Der Bericht der Wohnbau GmbH, die über ein Vermögen von rund 700 000 Euro verfüge, umfasse neun Seiten, während die Berichte der Freizeit GmbH und Strom GmbH mit zwei bis drei Seiten recht „dürftig“ ausgefallen seien. So vermisste sie etwa Infos über das Defizit der beiden Bäder. Dies läge bei rund 400 000 Euro wusste Klaus Zeiser. Er stimmte in diesem Fall seiner Kollegin zu und meinte, dass es schon wichtig sei, dem Stadtrat detaillierte und umfangreiche Informationen über die Beteiligungen vorzulegen. Er werde dies dem Geschäftsführer weitergeben, bemerkte der Bürgermeister.

Lob gab es dagegen für Kämmerer Heribert Rottach und seine Mitarbeiter von Hans Dorrer für ihre Arbeit im Bereich der Wohnbau GmbH. Als ehemaliger Verwalter der Wohnungen wisse er, was die Verwaltung hier leiste, so Dorrer. Einstimmig nahm der Stadtrat dann auch das Jahresabschlussergebnis der Wohnbau GmbH für 2009 zur Kenntnis. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 695 982 Euro und der der Jahresfehlbetrag auf 4708 Euro.

Der Bürgermeister wurde beauftragt und bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers festzustellen, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen sowie Aufsichtsrat und Geschäftsführung für das Geschäftsjahr zu entlasten.

Die Sparkasse erhielt mit 15:3 Stimmen als günstigster Anbieter den Zuschlag für ein Darlehen in Höhe von 415 000 Euro, das im Haushaltsplan 2009 eingeplant war. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 20 Jahren und wird flexibel auf EURIBOR-Basis (Zinssatz für Termingelder in Euro im Interbankengeschäft) verzinst. „Man sollte ruhig ein bisschen pokern“, meinte Kämmerer Heribert Rottach zu Bedenken mancher Stadträte, die für eine feste Zinsbindung votierten.

Neues Baugebiet in Hofzell

Die Verwaltung geht davon aus, dass die sechs freien Bauparzellen der Stadt bis spätestens Mitte 2011 verkauft sind. Um weiter städtische Bauplätze anbieten zu können, schlug sie dem Stadtrat vor, ein kleines Baugebiet mit ca. neun Parzellen im Anschluss an die Wohnsiedlung Hofzell/Böhmerwaldstraße vor. Ein positiver Nebeneffekt bestehe darin, dass die abrupt und ohne Umkehre endenden Straßen Hofzell und Böhmerwaldstraße vernünftig vollendet werden könnten. Hans Dorrer sprach sich in einem längeren Vortrag gegen die Ausweisung aus, insbesondere wegen des von den benachbarten Industriebetrieben ausgehenden Lärms. Nachdem es in Neunburg noch 185 000 Quadratmeter unbebaute Grundstücke gäbe, sollte man auf dieses „strittige“ Vorhaben verzichten. Unterstützung erhielt Dorrer von Franz Koller und Walter Drexler. Die immissionsschutzrechtliche Bewertung solle man doch dem Landratsamt überlassen meinte Klaus Zeiser. Mit 11:7 beschloss der Stadtrat die Aufstellung eines Bebauungsplans. (ak)